

PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

12. Mai 2015

Besserer Lärmschutz für Städte am Rhein

Städtebündnis und Pro Rheintal plädieren für einheitliche Regelungen auf den Güterverkehrskorridoren

Vertreter von Großstädten, die im geplanten Schienengüterverkehrskorridor Rotterdam – Genua liegen, haben sich mit dem Bürgernetzwerk Pro Rheintal aus dem Mittelrheintal im Mainzer Rathaus getroffen, um über die Lärmbelastungen und Ausbaumaßnahmen auf dem Korridor zu sprechen. Die Güterzugstrecken führen oft durch dicht besiedelte Wohngebiete und verursachen enorme Gesundheitsprobleme und Kosten, Immobilienwertverluste, Zerstörung von Siedlungsraum, Infrastrukturverluste, zusätzliche Lohn- und Arbeitskosten, Produktions- und Umsatzausfälle bis hin zur Entvölkerung und zum Niedergang ganzer Stadtteile und Kommunen.

Die ursprünglich von der Stadt Düsseldorf eingebrachte und mit dem Städtetag diskutierte Initiative richtet sich an den Bundesgesetzgeber und will beim Aufbau Transeuropäischer Netze (TEN) für den Schienengüterfernverkehr im Bundesgebiet einheitliche gesetzliche Regelungen sowohl für Neu- und Ausbaustrecken als auch für Bestandsstrecken schaffen.

Nach heutigen Maßstäben kann der Verkehr auf bestehenden Strecken durch eine Vielzahl von Baumaßnahmen und Ertüchtigungen sowie elektronische Steuerungssysteme so gesteigert werden, dass es einem Neubau gleichkommt. Insbesondere der Ausbau von Zuführungen wie in der Schweiz (Gotthard- und Lötschberg-Tunnel), am Oberrhein (vierspüriger Ausbau), am Niederrhein (dreispüriger Ausbau) und in den Niederlanden (Betuwe-Route) lässt die Verkehre und damit auch die Lärmbelastungen anschwellen. Anhaltend über einen 24-Stunden-Zeitraum sind diese bereits jetzt derart hoch, dass es wie bei Neubauten einer Lärmvorsorge bedarf, die aber bisher am Bestandsschutz scheitert.

Für die Anwohner würde die Aufhebung des Bestandschutzes ein Anspruch auf die 11 dB(A) besseren Vorsorgewerte bedeuten. Die Verantwortlichen der Stadt Düsseldorf haben seit Monaten versucht, dazu mit den Fachleuten des Bundesverkehrsministeriums über grundsätzliche Fragen der Planfeststellung, der Umsetzung europäischer Güterverkehrskorridore und der Bundesverkehrswegeplanung bzw. des Bundesschienenwegeausbaugesetzes ins Gespräch zu kommen. Allerdings bisher ohne den erhofften Erfolg.

Das Thema betrifft auch die gesetzlichen Regelungen zur Finanzierung von Ersatzbauwerken für „beschränkte Bahnübergänge“. Nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) sind die Städte und Kommunen verpflichtet, ein Drittel der Kosten für den Bau einer Überführung zu tragen, wenn und soweit es die Sicherheit oder die Abwicklung des Verkehrs unter Berücksichtigung der „übersehbaren Verkehrsentwicklung“ erfordert. Ob der Aufbau Transeuropäischer Netze für den Schienengüterfern- und Transitverkehr im Bundesgebiet als „übersehbare Verkehrsentwicklung“ im Sinne des EKrG einzustufen ist, ist ebenfalls eine offene rechtliche Frage.

Bemerkenswert ist an dieser Stelle auch die Einsicht, dass der Rang der Städte in der staatlichen Hierarchie leider nicht genügend gewürdigt wird und so die Belange auf Bundesebene nicht ausreichend Gehör finden. Bürgerinitiativen und damit Wählergruppen tun sich da oft leichter. „Gemeinsam lässt sich manches besser bewegen, vor allem wenn bei einem Fachthema wie Bahnlärm die Initiativen über ein Jahrzehnt ein ausgezeichnetes Expertennetzwerk hochqualifizierter Mediziner, Techniker und Juristen um sich geschart haben“, sagt Pro Rheintal-Sprecher Frank Gross.

Für das Mittelrheintal als Lärmbrennpunkt in Europa ist dieser Vorsorge-schutz seit Langem überfällig, wie der Bremer Epidemiologe Prof. Dr. Eberhard Greiser bei dem Treffen noch einmal bestätigte. Initiativen und Städte wollen prüfen, ob eine Gesundheitsuntersuchung über den kompletten Korridor die notwendigen politischen Entscheidungsgrundlagen für eine Vorsorge auf der gesamten Strecke liefern kann. Außerdem wurden weitere Schritte und Maßnahmen beschlossen.

Weitere Informationen unter:

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Frank Gross, 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard
Tel. 06742 801069-0
Fax 06742 801069-1
E-Mail: info@pro-rheintal.de
www.pro-rheintal.de

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten



Bild: Auf Einladung des Bürgernetzwerks Pro Rheintal trafen sich Vertreter von Städten entlang der Rheinschiene zu einem ersten Erfahrungsaustausch, um über verschiedene Themen im Zusammenhang mit dem geplanten Aufbau des Schienengüterverkehrskorridors zu sprechen und ein gemeinsames Vorgehen beim Lärmschutz abzustimmen.